
Buchbesprechung

Heinz-Werner Meyer (Hrsg.), Aufbrüche - Anstöße, Beiträge zur Reformdiskussion im Deutschen Gewerkschaftsbund und seinen Gewerkschaften, Band 1, Bund-Verlag, Köln 1994, 167 S., 19,90 DM; Ders. (Hrsg.), Sozial gerecht teilen - ökologisch umsteuern, Beiträge zur Reformdiskussion, Band 2, Bund-Verlag, Köln 1994, 169 S., 19,90DM; Dieter Schulte (Hrsg.), Industriepolitik im Spagat, Beiträge zur Reformdiskussion, Band 3, Bund-Verlag, Köln 1995, 196 S., 19,90DM; Ders. (Hrsg.), Erneuerung des Sozialstaates, Beiträge zur Reformdiskussion,

Band 4, Bund-Verlag, Köln 1996, 173 S., 19,90DM;

Ders. (Hrsg.), Arbeit der Zukunft, Beiträge zur Reformdiskussion, Band 5, Bund-Verlag, Köln 1996, 245 S., 19,90 DM.

Mit der Veröffentlichung von zehn Leitfragen hat der DGB Anfang 1993 die Debatte zu einem neuen Grundsatzprogramm eröffnet und zu einem öffentlichen Diskurs eingeladen. Neben zahlreichen anderen Beiträgen - u. a. in den Gewerkschaftlichen Monatsheften - sind im Bund-Verlag seit Mitte 1994 insgesamt fünf Bände zur gewerkschaftlichen

Reformdiskussion erschienen, in denen sich neben einigen Gewerkschaftern vor allem Wissenschaftler und Journalisten, aber auch Vertreter politischer Organisationen sowie Unternehmer kritisch mit einzelnen Aspekten der Programmdebatte auseinandersetzen.

Eine generelle Kritik sei direkt vorausgeschickt: Die fünf Bände enthalten zwar mehrheitlich für die Reformdebatte der Gewerkschaften anregende und konstruktive Beiträge, aber nur die wenigsten Autorinnen und Autoren beziehen sich explizit auf die Leitfragen des DGB.¹ Zu ihnen gehört Friedhelm Hengsbach, dem „der analytisch geschärfte Blick auf die Schieflage der wirtschaftlichen und politischen Machtverhältnisse“ und ein „perspektivisches Zentrum“ fehlt. Bei den Leitfragengruppen sei zudem „nur schwer zu erkennen, daß sie einer logischen Gliederung folgen oder daß sie gar um ein Kernproblem zentriert sind“.² Eine ähnliche Kritik formulieren auch Stephen Silvia und Andrei Markovits, die zwar einräumen, daß „den Verfassern der Leitfragen ein Lob gebührt, weil sie ihr Herz am rechten Fleck haben“, zugleich warnen sie jedoch davor, „alle gesellschaftlichen Probleme gleichzeitig anzugehen. Wenn man sich (...) mit allen nur denkbaren Problemen auf der Welt befaßt, läuft man Gefahr, keines zu lösen“.³ Auch sie empfehlen eine Konzentration auf „Schlüsselaufgaben“ und warnen vor utopischen Visionen. Aber was sind angesichts der Herausforderungen der Gegenwart die „Kernprobleme“, und was sind die „Schlüsselaufgaben“, auf die sich die Gewerkschaften zukünftig konzentrieren sollen?

Eine Antwort setzt in der Tat einen „analytisch geschärfte Blick“ auf die gesellschaftlichen Umbrüche voraus. In den *Beiträgen zur Reformdiskussion* finden sich zahlreiche dieser Analysen und Prognosen des Wandels von Wirtschaft und Gesellschaft, die z. T. aus konkreten Forschungsarbeiten resultieren. Die Befunde sind zwangsläufig unterschiedlich und vielschichtig, durchgängig legen sie den Gewerkschaften jedoch

eine „Entideologisierung der Programmatik“ nahe.⁴ Für die meisten Autoren ist sie Voraussetzung für die Rückgewinnung von Glaubwürdigkeit gewerkschaftlicher Politik. Gerade die Nichtübereinstimmung von programmatischen Zielen und praktischer Politik haben in der Vergangenheit das Glaubwürdigkeitsdilemma der Gewerkschaften heraufbeschworen.

Die Entgegensetzung von Gegenmacht und Ordnungsfaktor, der das kapitalistische System stabilisiert, bietet bereits seit längerem keinen hinreichenden Analyserahmen für eine erfolgreiche gewerkschaftliche Interessenvertretungspolitik. Natürlich waren die Gewerkschaften als soziale Bewegung angetreten und haben sich „als Gegenmacht aufgebaut und sich auf Konflikte eingelassen, um einen fairen Anteil an der gesellschaftlichen Macht zu erringen und den Kapitalismus zu überwinden“,⁵ und natürlich ist es nach wie vor „nur billig und recht, die Kapitalismuskritik nicht dem Heiligen Vater in Rom, dem demokratischen Präsidenten in den USA und einem gescheiterten Franzosen wie Michel Albert zu überlassen“, und es ist auch nach wie vor zutreffend, daß die Konflikt- und Kooperationsfähigkeit der Gewerkschaften zu den Grundvoraussetzungen für ihre Durchsetzungsfähigkeit in kapitalistisch verfaßten Marktwirtschaften gehört, „aber Glaubwürdigkeit und Wucht gewinnen die Gewerkschaften nur wieder zurück, wenn sie nicht nur immerfort die alten Schlachten schlagen, sondern wenn sie sich überzeugend einmischen in ein zukunftsträchtiges Projekt, als soziale Avantgarde, wenn es ihnen gelingt, Solidarität und soziale

1 DGB-Leitfragen zur Programmdebatte, Band 1. S. 157 ff.

2 Friedhelm Hengsbach. Anfragen wegen der Leitfragen. Band 1. S. 93.

3 Stephen X Silvia/Andrei S. Markovits. Plädoyer für eine Konzentration auf das Wesentliche. Band 1. S. 120.

4 So etwa Michael Vester. Solidarität im Spagat. Umbrüche und sozialer Wandel in Ost- und Westdeutschland. Band 1. S. 58.

5 Friedhelm Hengsbach. a.a.O.. S. 100.

Gerechtigkeit neu zu definieren".⁶ Für ein solches zukunftssträchtiges Projekt fehlt es den Leitfragen nicht an einem „perspektivischen Zentrum“, vielmehr machen sie den „Leidensdruck“ deutlich, unter dem die Gewerkschaften heute stehen.⁷

Individualisierung und Interessenvielfalt statt Einheit der Arbeiterklasse

Gewerkschaften sind wie kein anderer politischer Verband und im Unterschied zu politischen Parteien auf einen hohen Organisationsgrad und auf eine aktive Mitgliederschaft angewiesen. Im europäischen Vergleich - wo der gewerkschaftliche Organisationsgrad z. T. dramatisch von über 40 auf unter 10 Prozent gesunken ist, wie z. B. in Frankreich - können die deutschen Gewerkschaften nach wie vor noch auf eine solide Mitgliederbasis verweisen. Jedoch sind die Probleme nicht zu verkennen, die sich nicht nur in den Mitgliederverlusten der letzten Jahre ausdrücken. Besondere Probleme bereiten vor allem die Mitgliederstruktur und die unzureichende Attraktivität für Frauen und Jugendliche. Zu den häufig ignorierten Organisationsproblemen gehört zudem die Tatsache, daß Gewerkschaften nicht mehr wie in der Vergangenheit von einem einheitlichen Arbeitnehmerinteresse oder gar der „Einheit der Arbeiterklasse“ ausgehen können. Die sich bereits seit den sechziger Jahren vollziehende Auflösung traditioneller Arbeitermilieus und die damit einhergehende Pluralisierung von Lebensstilen - d. h. auch die Pluralisierung von Ungleichheit, und damit neue Spaltungs- und Konfliktlinien⁸ - und die Ausdifferenzierung von Interessenlagen stellen erhebliche Anforderungen an die Bindungsfähigkeit der Gewerkschaften gegenüber alten und neuen Arbeitnehmergruppen.

Daß diese Erkenntnis selbst in innergewerkschaftlichen Diskussionen inzwischen keinen Neuigkeitswert mehr hat, wird zu Recht nochmal von mehreren Autoren unterstrichen,⁹ die Kontroverse um den „Grundwiderspruch“ und der

darauf aufbauenden Strategiebildung (Gegenmacht versus Ordnungsfaktor) hat sie jedoch nicht belegen können. Im Gegenteil: Wie virulent die Debatte gegenwärtig ist, zeigen die Kritiken am Entwurf des neuen Grundsatzprogramms. Es ist allerdings absurd zu behaupten, daß mit dem offensiven Aufgreifen von faktisch nicht zu leugnenden Pluralisierungsprozessen die Zukunft der abhängig Beschäftigten verspielt wird - so oder ähnlich beispielsweise die Kritiken von Frank Deppe und Klaus Peter Kisker.¹⁰ Insbesondere den Kritikern sei empfohlen, die Beiträge zur Reformdiskussion wenigstens zur Kenntnis zu nehmen. Als Kostprobe sei hier auf den Aufsatz von Michael Schneider hingewiesen: „An den Tendenzen zur Individualisierung der Arbeitnehmer in Arbeitswelt und Freizeit prallen kollektive Interpretationsmuster der Konfliktlagen - etwa zwischen Kapital und Arbeit - ab. Die Gewerkschaften müssen die Wünsche nach individueller Lebensgestaltung ernst nehmen.“(!)¹¹

Eine Programmatik, die nicht auf milieubedingte Einheit, sondern auf Vielfalt und Differenz von Lebens- und Interessenlagen der Arbeitnehmer orientiert, würde der in Ansätzen bereits existierenden gewerkschaftlichen Praxis näher

6 Warnfried Dettling, Auf der Suche nach der verlorenen Solidarität, Band 2, S. 93f.

7 Friedhelm Hengsbach, a.a.O., S. 91.

8 Vgl. hierzu Lutz Leisering/Stephan Leibfried, Nützliche Ungleichheiten - nützlicher Sozialstaat. Verteilungspolitik jenseits der Arbeitsgesellschaft, Band 4, S. 78ff.

9 Michael Vester, a.a.O., S. 31; Friedhelm Farthmann, Gewerkschaftspolitik in einer sich wandelnden Gesellschaft, Band 2, S. 75; Hermann Rappe, Industriepolitik - gewerkschaftliches Handlungsfeld für die Zukunft, Band 3, S. 90; Ernst-Ulrich Huster, Armut im Sozialstaat, Band 4, S. 108.

10 Frank Deppe, Wege in die Defensive - nicht aus ihr heraus. Ein Programm ohne Geschichte, Gegenwartsanalyse und Zukunftsstrategie, in: Forum Gewerkschaften (Hrsg.), Soziale Marktwirtschaft - das Ende der Geschichte?, Beilage der Zeitschrift Sozialismus 6/1996, S. 2ff; Klaus Peter Kisker, Markt und Staat im globalen Kapitalismus, in: ebd., S. 26ff.

11 Michael Schneider, Magisches Viereck gewerkschaftlicher Ziele, Band I, S. 108.

kommen und könnte produktiv zu ihrer Weiterentwicklung beitragen. Die sich daraus ergebenden Konsequenzen für einen erweiterten gewerkschaftlichen Arbeits- und Interessenbegriff werden u. a. in den Beiträgen von Lutz Leisering/Stephan Leibfried, Friedrich Schmidt-Bleek/Willy Bierter und Horst W. Opaschkowski diskutiert.¹² In ihrer Programmatik haben die Gewerkschaften immer den Anspruch erhoben, die Arbeits- und Lebensinteressen der abhängig Beschäftigten zu vertreten. Was bedeutet dies aber, wenn „Erwerbsarbeit in den Lebenskonzepten der Menschen“ (Leitfragen) einen veränderten Stellenwert einnimmt, und: „Wenn Bürger nicht nur Arbeitsbürger sind, muß gewerkschaftliche Politik über Betriebe und Löhne hinausgreifen, wenn sie die Lebensinteressen ihrer Mitglieder weiterhin treffen will“?»

Die Konsequenzen betreffen alle Bereiche gewerkschaftlicher Interessenvertretung: Betriebs- und Tarifpolitik, Sozial- wie Arbeitsmarktpolitik. Die damit verbundene Ambivalenz und Widersprüchlichkeit wird in den fünf Bänden hinreichend deutlich. Während vor allem im Bereich der Betriebs- und Tarifpolitik eine spürbare Neuorientierung zu verzeichnen ist, die ihren Niederschlag auch in einem neuen Grundsatzprogramm finden sollte, stellt sich die Situation im Bereich der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik ungleich schwieriger und kontroverser dar. Bereits seit einigen Jahren finden sich vielfältige Ansätze einer beteiligungsorientierten Betriebspolitik, die nicht mehr auf eine überholte „Stellvertreterpolitik“ setzt, sondern auf dezentrale, mitgliedernahe und partizipative Mitwirkungsformen orientiert.¹⁴ Neue Konzepte wie „Experten in eigener Sache“ oder „Aktive auf Zeit“ lassen erkennen, daß die Rolle der organisierten Arbeitnehmervertretung sich ändert, nicht zuletzt, weil sie sonst Gefahr läuft, an Einfluß zu verlieren, „je selbstbewußter jedes Individuum der immer heterogener werdenden gesellschaftlichen Gruppe der Arbeitnehmer auftritt“.¹⁵

Auf die Gefahren und Widersprüche neuer Produktionskonzepte weisen Norbert Altmann und Manfred Deiß hin, die größere Beteiligungschancen bezweifeln und mit den Tendenzen der Individualisierung der Arbeitnehmer im Betrieb einen generellen Verlust an Arbeitnehmerschutz befürchten.¹⁶ Daß neue Produktions- und Managementkonzepte keine Humanisierungsprogramme darstellen, sondern immer die Verbesserung der Rentabilitätsbedingungen bei sich verschärfendem internationalen Wettbewerb im Blick haben, ist nicht zu bezweifeln. Das Zusammentreffen von veränderten Produktionsanforderungen und damit verbundenen Beteiligungsmöglichkeiten sowie die ausdifferenzierten Interessenlagen und „erhöhte individuelle Entfaltungsbedürfnisse“¹⁷ enthalten aber nicht nur Risiken. Die Ambivalenz und Widersprüchlichkeit bedeutet gerade: „Keine Chance ohne Risiko“!¹⁸ Kein Königsweg, aber eine strategische Option ist möglicherweise der von Mückenberger vorgeschlagene Weg eines Zuwachses individueller Beteiligungsrechte der Beschäftigten im Betrieb. Wäre es nicht durchaus ein realitätstüchtiger Ansatz. Bürgerrechte tarifvertraglich zu verankern und auszuweiten?¹⁹

Gerade in der Tarifpolitik haben die Gewerkschaften in den letzten Jahren

12 Lutz Leisering/Stephan Leibfried, a.a.O., S. 70; Friedrich Schmidt-Bleek/Willy Bierter, Faktor 10. Perspektiven nachhaltiger Formen von Produktion. Beschäftigung und Verbrauch. Band 5. S. 39ff; Horst W. Opaschkowski, Zwischen Leistung und Lebensgenuß. Perspektivwechsel in der Arbeitnehmerschaft, Band 5. S. 121ff.

13 Lutz Leisering/Stephan Leibfried, a.a.O., S. 89.

14 Rolf G. Heinze/Josef Hilbert/Josef Schmid, Gewerkschaften und Modernisierung der Wirtschaft - langsamer Niedergang oder Flucht nach vorn. Band 3, S. 77.

15 Hans-Jürgen Warnecke/Manfred Hüser, Schlank und fraktal, digital und virtuell: Arbeit in der Fabrik der Zukunft, Band 5. S. 83.

16 Norbert Altmann/Manfred Deiß, Arbeit in der vernetzten Produktion. Band 5. S. 84ff.

17 Ulrich Mückenberger, Arbeitnehmer: Bürger im Betrieb. Band 5. S. 205.

18 Norbert Altmann/Manfred Deiß, a.a.O., S. 93.
19 Ulrich Mückenberger, a.a.O., S. 196ff.

mehr Phantasie und Flexibilität bewiesen als in der aktuellen Programmdebatte deutlich wird. Leider enthalten die Bände zur Reformdiskussion aber kaum Beiträge zum Zusammenhang von Interessenvielfalt und Tarifpolitik. Möglicherweise deshalb, weil die gewerkschaftliche Praxis der bisherigen Programmatik um einiges voraus ist?

Vollbeschäftigung jenseits des Normalarbeitsverhältnisses

Zu den „Kernproblemen“ gewerkschaftlicher Interessenvertretungspolitik gehört ohne Zweifel die Überwindung der Massenarbeitslosigkeit. Dabei gibt es für die Gewerkschaften keine Alternative zum politischen Ziel der „Wiederherstellung der Vollbeschäftigung“. Aber sie wissen auch, daß „seit etwa 30 Jahren die Vollbeschäftigung nie mehr erreicht worden ist“. ²⁰ „Abschied zu nehmen von dem Ideal der Vollbeschäftigung: was könnten gute Menschen darin anderes sehen als Gleichgültigkeit und Resignation. Kapitulation vor dem Kapitalismus oder einfach Zynismus?“ ²¹ Wir wissen aber auch, daß „Wirtschaftswachstum und Beschäftigung sich entkoppelt haben“ ²² und das „bedingungsloser Wachstumsoptimismus“ ausgedient hat, „weil man auch in Zeiten wirtschaftlicher Schwierigkeiten nicht die Augen vor der ökologischen Hypothek alter Rezepte verschließen kann“. ²³ Demgegenüber setzt Ursula Engelen-Kefer auf Prognosen, die „gegen einen Wachstums- und Beschäftigungspessimismus“ sprechen und beschwört: „Das Vollbeschäftigungsziel ist keine Illusion.“ ²⁴ Deutlicher noch Klaus Zwickel, der die „selbstwertgestärkten Besserwisser, die in ihren intellektuellen Diskursen den Abgang auf das Vollbeschäftigungsziel anstimmen“, ²⁵ schonungslos kritisiert. Die Lage ist jedoch komplizierter, wie mehrere Autoren deutlich machen.

Bereits in seinem Einleitungsbeitrag zur Reihe hatte der damalige DGB-Vorsitzende Heinz-Werner Meyer darauf hingewiesen: „Das Ziel muß bleiben, jedem Menschen einen Zugang zur

bezahlten Erwerbsarbeit zu ermöglichen. Aber von einer lebenslangen ununterbrochenen Erwerbsbiographie auszugehen, wäre unrealistisch.“ ²⁶ Dies bedeutet nichts anderes als den „Verzicht auf die unbedingte Verteidigung schon klassisch gewordener Forderungen wie das arbeits- und sozialrechtlich normierte Normalarbeitsverhältnis“. ²⁷ Bei aller „Einigkeit über die Wünschbarkeit von Vollbeschäftigung“ ist sie „bis auf weiteres eine Illusion“. ²⁸ Zu ähnlichen Schlußfolgerungen kommen auch Lutz Leisering/Stephan Leibfried, Alain Lebaube und Ulrich Rodel. ²⁹

Die Strukturveränderungen auf den Arbeitsmärkten und Übergänge in eine neue Vollbeschäftigung werden in dem Beitrag von Günther Schmid skizziert. Auch er geht davon aus, daß „eine Wachstumsstrategie allein nicht genügt, um Massenarbeitslosigkeit zu überwinden“ und daß „Wege aus der Arbeitslosigkeit nicht mehr in die Vollbeschäftigung nach traditionellem Muster führen“. ³⁰ Zugleich widerlegt er die altbekannten neoliberalen Vorwürfe von zu inflexiblen und starren Arbeitsmärkten und benennt Beispiele einer zukunftsgerichteten Arbeits-

20 Ernst Ulrich von Weizsäcker, Gewerkschaftsarbeit an der Schwelle zum Jahrhundert der Umwelt, Band 2, S. 110.

21 Wamfried Dettling, a.a.O., S. 97.

22 Kurt H. Biedenkopf, Überwindung der Arbeitslosigkeit, Band 2, S. 43.

23 Werner Meißner, Industriestandort Deutschland zwischen ökologischen Anforderungen und Weltmarktwängen, Band 2, S. 156.

24 Ursula Engelen-Kefer, Weiterentwicklung und Reform, Band 4, S. 114.

25 Klaus Zwickel, Neue Wege in der Arbeitspolitik, Band 5, S. 184.

26 Heinz-Werner Meyer, Gewerkschaften an der Schwelle zum 21. Jahrhundert, Band 1, S. 11.

27 Helga Grebing, Zur Kontinuität programmatischer Debatten in den Gewerkschaften, Band 1, S. 86.

28 Georg Vobruba, Arbeit und Einkommen nach der Vollbeschäftigung, Band 4, S. 37,40.

29 Lutz Leisering/Stephan Leibfried, a.a.O., S. 70ff.; Alain Lebaube, Perspektiven eines künftigen Sozialstaates, Band 4, S. 132fE; Ulrich Rodel, Sozialstaat und zivile Gesellschaft, Band 4, S. 151ff.

30 Günther Schmid, Übergänge in eine neue Vollbeschäftigung. Perspektiven der Arbeitspolitik in der Informationsgesellschaft, Band 5, S. 143,157.

marktpolitik unter den Bedingungen ausdifferenzierter Beschäftigungsverhältnisse. Vor allem plädiert er dafür, die Grenzen zwischen Erwerbsarbeit und anderen sinnvollen Beschäftigungen fließender zu gestalten. Und es wäre nach seiner Auffassung auch nicht utopisch, die 30-Stunden-Woche als Zielgröße ins Visier zu nehmen. In den Blick genommen werden muß dabei jedoch nicht nur die Wochen- oder Jahresarbeitszeit, sondern die gesamte Erwerbsbiographie, die ausreichende Gestaltungsspielräume für individuelle Arbeitszeitoptionen ermöglicht. Ein solches neues Vollbeschäftigungsverständnis könnte darüber hinaus zu einer Überwindung der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung beitragen und „den drängenden Forderungen von Frauen nach einer gleichberechtigten Teilhabe an der Erwerbsarbeit“³¹ Rechnung tragen.

Reform des Sozialstaats und ökologische Modernisierung

Mit der anhaltenden Tendenz der Individualisierung und der Auflösung von Normalarbeitsverhältnissen ergeben sich weitreichende Anforderungen an die Systeme der sozialen Sicherung. Zugleich besteht die unbestrittene Notwendigkeit eines ökologischen Reformprojekts, so daß ökonomische und soziale Fragen „nicht mehr ohne ihre ökologische Komponente beantwortet werden“³² können. Die Beiträge im Band 2 „Sozial gerecht teilen - ökologisch umsteuern“ zeigen, daß mit den bisherigen gewerkschaftlichen Formelkompromissen eine Versöhnung von Arbeit und Umwelt nicht herbeigeredet werden kann. Jedoch können wir heute auf „einen zum Teil schmerzhaften Öffnungsprozeß“ der Gewerkschaften zurückblicken, wodurch die Chance gegeben ist, „sich nicht im Unverbindlichen“³³ zu verlieren, sondern die Grundlagen für ein ökologisches gewerkschaftliches Handeln mit einer entsprechenden Programmatik auszustatten.

Ob die „sieben vorsichtigen Ratschläge“ von Ernst Ulrich von Weiz

säcker³⁴ letztendlich konsensfähig sind, etwa im Hinblick auf eine ökologische Steuerreform, wird sich noch erweisen müssen. Der Beitrag schlägt zumindest, ebenso wie die Vorschläge von Bert Rürup,³⁵ eine Brücke zwischen der Reform des Sozialstaats und einer ökologischen Modernisierung. Eine Umstrukturierung des Steuersystems bzw. eine ökologische Steuerreform soll dazu beitragen, daß der Faktor Arbeit billiger wird, indem das Aufkommen einer Energie(verbrauchs)steuer zur Entlastung der Sozialversicherungsbeiträge genutzt wird.

Ungeachtet der damit verbundenen politischen Kontroversen zeigen die Beiträge in Band 4, daß mit einer solchen Reform die Erneuerung des Sozialstaats noch keinesfalls gesichert ist. Sieht man einmal von der äußerst skeptischen Prognose von Claus Koch³⁶ ab, der die Reformierbarkeit des Sozialstaats aus zum Teil nachvollziehbaren Gründen bezweifelt, wird in den anderen Beiträgen deutlich, welche Konsequenzen die tiefgreifenden Änderungen auf den Arbeitsmärkten für die Systeme der sozialen Sicherung mit sich bringen: Georg Vobruba schlägt eine Ergänzung des Sozialsystems durch Elemente einer einkommensunabhängigen Grundsicherung vor und empfiehlt, „offensive Ansprüche zur sozialpolitischen Gestaltung der Lebensverhältnisse außerhalb von Normalarbeit“ zu stellen.³⁷ In ähnlicher Richtung argumentieren auch Lutz Leisering/Stephan Leibfried, die einen Umbau des Sozialstaats jenseits der Arbeitsgesellschaft vorschlagen, in dem Sozialleistungen auch außerhalb von erwerbszentrierten Sicherungsansprüchen gewährleistet werden.

31 Ursula Müller/Birgit Riegrat Frauenarbeit und gewerkschaftliche Politik. Band 5, S. 164.

32 Hermann Rappe. a.a.O., S. 90.

33 Heinz-Werner Meyer, a.a.O., S. 9.

34 Ernst Ulrich von Weizsäcker a.a.O., S. 118ff.

35 Bert Rürup. Finanzierungsperspektiven des deutschen Sozialstaates unter geänderten Rahmenbedingungen. Band 4, S. 59ff.

36 Claus Koch, Kein Umbau - Perspektiven des Sozialstaates in Europa. Band 4, S. 9ff.

37 Georg Vobruba. a.a.O., S. 47.

Eine damit verbundene Grundsicherung dürfe sich jedoch „nicht einfach von Erwerbstätigkeit abkoppeln“. Statt dessen fordern sie „eine produktive Kombination unterschiedlicher Leistungssysteme zu einer integrierten Sozialstaatsgesellschaft“.³⁸ Ausgehend von der empirischen Erkenntnis, nach der „Lebensläufe vielfältiger und beweglicher werden, seien soziale Sicherung nicht abzubauen, sondern im Gegenteil zu verstärken und zu differenzieren“.³⁹ Gewerkschaftliches Umdenken erfordert ihr Vorschlag einer Sozialpolitik als Lebenszeitpolitik, in der Bürger nicht mehr nur Arbeitsbürger sind.

Interessant für diese gerade erst begonnene Debatte ist vor allem der Beitrag von Alain Lebaube, der aus französischer Perspektive davor warnt, die sich vollziehenden Umschichtungsprozesse zu ignorieren. Er verweist dabei insbesondere auf die Arbeit von Robert Castel: Ebenso wie seinerzeit die Aufhebung der Zünfte zur Herausbildung industrieller Arbeitsmärkte beigetragen hat, stehen wir heute wiederum vor der Auflösung der bestehenden Arbeitsmärkte, ohne daß hinreichend klar ist, welche neuen Formen von Arbeit und ihrer kollektiven Organisation sie ablösen werden. Lösungspotentiale können für Lebaube insbesondere dann freigesetzt werden, wenn die Bereitschaft besteht, alte Gewohnheiten - wie die Vorstellung von einem männlich dominierten Normalarbeitsverhältnis - abzulegen.⁴⁰ Claus Koch übertreibt nicht, wenn er feststellt: „Eine furchterweckende Aufgabe steht da vor ihnen. Die deutschen Gewerkschaften sind immerhin noch kräftig genug, um wenigstens eine offene, nicht organisationsbormierte Diskussion darüber anzufangen“.⁴¹

Europäisierung als Modernisierung

Auffallend unterbelichtet sind die Beiträge, die sich mit den Perspektiven einer gewerkschaftlichen europäischen Zusammenarbeit befassen - hier hatte der DGB in den Leitfragen selbst weitergehende Ansprüche formuliert. Durch-

gängig wird in der Reihe zwar auf die voranschreitende Internationalisierung bzw.-Globalisierung hingewiesen, die sich daraus ergebende Notwendigkeit einer Europäisierung gewerkschaftlicher Interessenvertretung wird allerdings nicht analysiert. So beleuchtet zum Beispiel Ludolf-Georg von Wartenberg die Zukunft des europäischen Gesellschaftsmodells ausschließlich unter der bekannten neoliberalen Sichtweise, die nach einer konsequenteren Deregulierung und Entstaatlichung ruft.⁴² Dem entgegenzuwirken macht gerade die Notwendigkeit einer stärkeren gewerkschaftlichen Zusammenarbeit in Europa besonders deutlich. Vor allem unter den Bedingungen einer zukünftigen europäischen Wirtschafts- und Währungsunion wird es in Zukunft keine Alternative zu einem koordinierten tarifpolitischen Vorgehen mehr geben. Daraus erwächst nicht nur die Notwendigkeit der Stärkung der europäischen Gewerkschaftsstrukturen, sondern auch die Pflicht zur Europäisierung der nationalen Gewerkschaften in ihren alltäglichen Arbeitszusammenhängen. Andernfalls könnte die düstere Prognose von Claus Koch bittere Realität werden: „Jeder Versuch eines europäischen Staates zur Re-Regulation, etwa um Arbeitslosigkeit spürbar zu vermindern, würde heute, sofern ihn nicht die Instanzen der Europäischen Union unterbänden, sofort von den Finanzmärkten bestraft.“⁴³

Die nachhaltigen Veränderungen, auf die der DGB mit seinem neuen Grundsatzprogramm Antworten geben will, lassen sich kaum auf einige wenige Thesen zurechtstutzen. Statt knapper, vorschneller Antworten auf die umfassende Herausforderung sind Orientierungshilfen notwendig. Und die Bereit-

38 Lutz Leisering/Stepan Leibfried, a.a.O., S. 86.

39 Ebd., S. 84.

40 Alain Lebaube, Perspektiven eines künftigen Sozialstaates, Band 4, S. 132ff.

41 Claus Koch, a.a.O., S. 31.

42 Ludolf-Georg von Wartenberg, Das Weißbuch der Europäischen Union. Gestaltende Industriepolitik unter den Bedingungen der Triade, Band 3, S. 159ff.

43 Claus Koch, a.a.O., S. 26.

schaft, sich den hierzu notwendigen Fragen zu stellen, ihnen auf den Grund zu gehen. Wer sich an dieser Debatte beteiligen will, wer ernsthaft an einer realitätstüchtigen Programmatik der Gewerk-

schaften interessiert ist, der sollte die Mühen nicht scheuen, die fünf Bände zur Kenntnis zu nehmen.

Reiner Hoffmann,
Brüssel